

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Vizebürgermeisterin
Mag. Bettina Emmerling, MSc

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Michael Stumpf, BA (FPÖ), Armin Blind (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte Vizebürgermeisterin Mag. Bettina Emmerling, MSc zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte (GBI)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Einführung verbindlicher Integrationspflichten und Sanktionsmechanismen in Wien

Der Stadtrechnungshof Wien kritisierte in jüngster Vergangenheit regelmäßig und ausdrücklich, dass Integrationsmaßnahmen in Wien überwiegend auf freiwilliger Basis erfolgen und keine wirksamen Verpflichtungs- oder Sanktionsmechanismen bestehen. Dadurch fehlt jeder Durchsetzungsdruck, was die Wirksamkeit der Integrationspolitik erheblich beeinträchtigt.

Andere Bundesländer, u.a. die Steiermark und Kärnten haben bereits rechtliche Anpassungen vorgenommen, um Integrationsleistungen an konkrete Mitwirkungspflichten zu knüpfen. Wien ist diesen Schritt bislang schuldig geblieben und entwickelt sich dadurch zunehmend zum Magneten für integrationsunwillige Personen. Eine verpflichtende Teilnahme an Integrationsmaßnahmen ist

notwendig, um Eigenverantwortung einzufordern und die rasche Integration in Sprache, Arbeitsmarkt und Gesellschaft sicherzustellen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert den amtsführenden Landesrat für Soziales, Gesundheit und Sport und die amtsführende Landesrätin für „Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte“ auf,

1. gesetzliche Anpassungen im Wiener Mindestsicherungsgesetz und im Wiener Grundversorgungsgesetz vorzubereiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen,
2. verpflichtende Integrationsmaßnahmen (insbesondere Deutschkurse und Wertevermittlung) vorzusehen und
3. wirksame Sanktionsmechanismen bei Nichtteilnahme oder Abbruch dieser Maßnahmen zu verankern.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

